

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer

Tageblatt

Einziges Tagesblatt im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schullinspektion und des Hauptpostamts zu Bauhen, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten

Beilagen: Sonntags-Unterhaltungsblatt und Landwirtschaftliche Beilage
Geschäftsstelle Bischofswerda, Altmarkt 15. — Druck und Verlag der Buchdruckerei Friedrich May in Bischofswerda. — Fernsprecher Nr. 22

Erkennungswort: Jeden Werktag abends für den folgenden Tag.
Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle monatlich Mk. 2,50, bei Zustellung ins Haus monatlich Mk. 3,00, durch die Post bezogen monatlich Mk. 3,50 — mit Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten, Postboten, sowie Zeitungsverkäufer und die Geschäftsstelle des Blattes nehmen jederzeit Bestellungen entgegen.

Postfach-Konto: Amt Dresden Nr. 1521. **Gemeindeverbandskasse Bischofswerda Konto Nr. 64.**
Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Art — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die gespaltene Grundzeile (Zim. Mofse 14) oder deren Raum 7,50 Mk., drückende Anzeigen 6.— Mk. Im Teiltel (Zim. Mofse 14) 25.— Mk. die gespaltene Zeile. Bei Wiederholungen Nachschlag nach feststehenden Sätzen. — Amtliche Anzeigen die gespaltene Zeile 15.— Mk. — Für bestimmte Tage oder Blätter wird keine Gewähr geleistet. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 207.

Dienstag, den 5. September 1922.

76. Jahrgang.

Deutschoberschlesiens Volksentscheid für Preußen.

Preußen, 3. September. (B. I. B.) Heute fand in Oberschlesien die Volksabstimmung darüber statt, ob Oberschlesien künftig preußische Provinz oder ein selbständiger Gliedstaat im Rahmen des Deutschen Reiches werden soll. Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen stellt die Wahl ein überwältigendes Vertrauensvotum für Preußen dar. In den Städten war die Beteiligung rege, auf dem Lande etwas schwächer.

Oppeln, 3. September. (B. I. B.) Nach dem jetzt vorliegenden Endergebnis der Volksabstimmung über die Autonomiefrage stimmten 513 126 für das Verbleiben der Provinz Oberschlesien bei Preußen und 50 400 für die Autonomie Oberschlesiens.

Preußen, 3. September. In Sosnowitz stellten sich mehrere Wahlberechtigte, die nicht in die Stimmliste eingetragen waren, dem Wahlvorsteher entgegen, nahmen ihm die Wahllisten fort und zerrissen sie, so daß das Wahllokal geschlossen werden mußte. Die Wahlbeteiligung schwankte zwischen 60 und 90 v. H. Im allgemeinen vereinigten sich die Wähler auf die preußische Provinz. Eine Ausnahme bildete Bieschowa, wo 676 für die Autonomie und 488 für das Verbleiben bei Preußen stimmten, und Friedrichsgrün, wo für die Autonomie 248 Stimmen abgegeben wurden und 136 für das Verbleiben bei Preußen. Im übrigen verteilten sich die Stimmen auf die einzelnen Orte wie folgt: Beuthen: stimmberechtigt 36 877, davon 21 836 für Preußen und 1663 für die Autonomie; Beuthen-Land: stimmberechtigt 33 275, davon für Preußen 19 371, für Autonomie 4910; Westkreis Larnowitz: stimmberechtigt 13 515, davon 6395 für Preußen, für Autonomie 4324; Ratibor-Stadt: Wahlbeteiligung 80 v. H., für Preußen 16 270, für Autonomie 974; Ratibor-Stadt: wahlberechtigt 4277, für Preußen 3083, für Autonomie 180; Ratibor-Land: für Preußen 26 984, für Autonomie 1710.

Aus anderen ober-schlesischen Orten werden amtlich noch folgende Prozentlagen für Preußen gemeldet: Rosenberg 98 v. H., Gleiwitz 75 v. H., Gutentag und Westkreis Lublitz 92 v. H., Jägersberg 95 v. H., Reibe 99 v. H., Beobtsch 99 v. H., Krottau 98 v. H. und Kreuzburg 95 v. H.

Der 3. September wird in der deutschen Geschichte als ein Tag freudigen Bekenntnisses zum deutschen Einheitsgedanken bezeichnet sein. Und Preußen ist eine Sorge mehr los. Den unentwegten Separatisten in verschiedenen deutschen Reichsteilen aber mag des ober-schlesischen Volkes Stimme eine Stimme der Mahnung sein. Der Rat eines deutschen Volksteils, der jahrelang ein Trommelfeuer wüster Agitation hatte über sich ergehen lassen müssen, dem bei einem Los von Berlin der Himmel auf Erden versprochen war. Aber die Ober-schlesier waren heilhörig geworden im Laufe der Jahre. Verand, der französische Verräter unter der Maske eines Treuhänders, Korfanin, der gewissenlosste aller Demagogen in der Maske eines Volkstribunen und die anderen Bergarbeiterlohnens (mit dem Millionenvertrag des französisch-polnischen Industriebündnisses in der Tasche) hatten inwendig eine Zeit der Freiheit und Gerechtigkeit und jedermann Bestreben und Errettung aus allen Gegenwartsnöten versprochen. Die ihnen geklaut hatten, sind die Genasführten. Siehe nach Ostoberschlesien! Und dieser Reinfall, dieses Experiment war denen im deutsch-schlesischen Teil eine Warnung. Sie wollten keine Versuchsobjekte mehr sein. Und entschieden sich, vor das Experiment „Land“ Oberschlesien oder preussische Provinz? gestellt, zugunsten Preußens. Preußen darf stolz sein auf diesen Erfolg in dieser Zeit. Aber es wird gut tun, durch kluge Politik den weiteren Erfolg weiterhin zu festigen.

Reichspräsident Ebert in Bremen.

Bremen, 3. September. Der Reichspräsident ist mit dem Staatssekretär Dr. Böllig, dem Staatssekretär Schulz und dem Ministerialdirektor Meißner zur Eröffnung der Niederdeutschen Woche hier eingetroffen. Nach Abnahme des Vorbeimarsches einer Reichwehrtrospañie nahm der Reichspräsident an der Gerhart-Hauptmann-Fest im Schauspielhaus teil. Hierbei hielt Gerhart Hauptmann nach Begrüßungsansprachen von Professor Schillings und Professor Helmars eine Rede, in der er allen Europäern deutscher Sprache zurief: Weidit einig im Hoffen, im Glauben und in der Gewißheit, daß Deutschland den Hofen erreichen und wieder hergestellt werden wird. Inzwischen hatte sich vor dem Schauspielhaus eine große Menschenmenge angeammelt, an die der Reichspräsident, lebhaft begrüßt, einige Worte richtete, in denen er die Notwendigkeit betonte, daß jeder an

seinem Teil mitwirken müsse an den großen Aufgaben der Nation zum Wiederaufbau Deutschlands. Nach der Gerhart-Hauptmannfeier wohnte der Reichspräsident der Eröffnung der Niederdeutschen Woche bei, wo er auf die Ansprachen des Vorstandes der Wesergilde, Generalkonsul Roselius und des Bürgermeisters Dr. Spitta, antwortete. Zum Schluß sprach ein Vertreter der niederdeutschen Universtität Münster Professor Dr. Rosemann. Am Nachmittag besuchte der Reichspräsident das Sportfest auf den Peterswerken, wo er der begeisterten Mannschaft im Staffettenlauf, dem Hamburger Sportverein, den Pokal der Wesergilde überreichte. Hierbei wies der Reichspräsident auf die große Bedeutung des Sports für die Wiedereingliederung des deutschen Volkes hin. Auch dem Städtetamp Köln-Bremen konnte der Reichspräsident noch eine kurze Zeit beimohnen. Danach war er Gast des Senats. Gegen Abend reiste er nach Kiel weiter.

Bremen, 3. September. (B. I. B.) In seiner Ansprache bei der Eröffnung der Niederdeutschen Woche sagte der Reichspräsident u. a., daß er noch gern an die Jahre seiner Tätigkeit als Mitglied der Bremischen Bürgerchaft zurückdenke. Er fuhr dann fort: Tatkraftiger Bürgerfinn und wirtschaftlicher Weitsicht, die ja von altersher in Bremen lebten, haben zur Gründung der Wesergilde geführt, die es sich zur Aufgabe stellt, tätig am Wiederaufbau deutscher Wirtschaft und deutscher Kultur in der niederdeutschen Heimat mitzuarbeiten. Ihr verdanken wir das großartige und vielseitige Werden der Niederdeutschen Woche, die die Liebe zur Heimat und zur Heimatskultur pflegen und vertiefen und in Erfüllung dieser Ziele alle niederdeutschen Stämme zu einer Gemeinschaft verbinden soll. Gerade in dieser trüben Gegenwart, in der unser armes Volk sich unter äußerem Druck an der Entfaltung seiner großen Kräfte gehindert sieht, ist es nötig, aus der Verwurzelung mit der Heimat, aus der Erkenntnis ihrer großen Kräfte und deren Zusammengehörigkeit mit dem großen Vaterlande das Vertrauen auf die Zukunft zu schöpfen, die mühen und lähmen Optimismus bannt und uns stärkt für den harten Weg, den wir noch zu gehen haben. Zum Schluß sprach der Reichspräsident die Hoffnung aus, daß von dieser Niederdeutschen Woche auszugehen möge der jähe, mutige und unerschütterliche Geist, der hier in Bremen und in Nieder-sachsen lebt, und das Gefühl fester Zusammengehörigkeit und innerer Volksgemeinschaft.

Das Deutschlandlied als Nationalhymne.

Am Sonntag hat der Reichspräsident eine Verfügung erlassen, daß die Reichswehr das Deutschlandlied als Nationalhymne zu führen hat, nachdem es schon am Verfassungstage angenommen worden war. Jetzt ist das unsere liebte Hymne zu einer Einrichtung der Republik gemacht worden, und wir werden mit Stolz sehen, daß alle diejenigen, die seine Klänge bisher als eine „Provokation“ bezeichneten, es jetzt mit Begeisterung singen werden, und solche Zwischenfälle, wie sie jüngst in Brandenburg, wo Sozialdemokraten mit Hilfe der Polizei die Schließung eines Lokals, in dem „Deutschland, Deutschland über alles“ gesungen wurde, durchsetzten, werden nun wohl der Vergangenheit angehören.

Maßnahmen des Reichswirtschaftsministers.

Nach Angabe des Reichswirtschaftsministers Schmidt sind in seinem Amtsbereich die notwendigen Maßnahmen bereits verfügt worden. Die Verordnung mit Erhöhung der Ausfuhrabgabe (60 Prozent Aufschlag auf die bisherige Abgabe) ist erlassen, ebenso der erste Teil der Einfuhrzölle, nämlich für Tabak, Kakao und Hummern. Weitere Entscheidungen stehen bevor. Die Einfuhr von Kakao bleibt frei. Auch ist die Sperre für Tabak nicht als dauernd gedacht. Die Kartoffelernte läßt ein günstiges Ergebnis erwarten, und die Anwesenheiten gegen die Wiedereinführung der Zwangswirtschaft sind so stark, daß sie beachtet werden müssen. Der richtigste Weg sind die Lieferungsverträge mit den Genossenschaften. In der Bierfrage wünscht nur Bayern eine Ausnahme für sein Exportier. Sonst sind alle Bundesstaaten mit der Herabsetzung der Stommwölze auf 8 Prozent einverstanden. Hinsichtlich des Brauwereinsaufschlusses ist ein Gesetz in Vorbereitung, das die Konzessionspflicht verschärft und die Zurücknahme von Konzessionen gestattet. Dem Zucker ist die Rückkehr zur Zwangswirtschaft unermesslich. Auf finanzpolitischem Gebiet sind noch keine Entscheidungen gefallen. Es

muß aber Durchgreifendes geschehen. Außer der Devisenkontrolle brauchen wir kurzfristige Goldschonwechsel, um der Pflicht vor der deutschen Mark entgegenzutreten. Natürlich ist das für die Finanzverwaltung bei weiterer Steigen des Dollars ein großes Risiko.

Zur Linderung der wirtschaftlichen Notlage.

Berlin, 2. September. (B. I. B.) Im Rahmen der von der Reichsregierung unternommenen Aktion zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Notlage sind vom Reichsarbeitsministerium eine Reihe von Maßnahmen in die Wege geleitet.

Die Rentenempfänger aus der Invaliden- und Angestellten-Versicherung erhalten bisher schon neben einer erhöhten Rente laufende Unterstützungen. Zu außerordentlichen Kostenausgaben für sie stellt das Reich jetzt außerdem den Betrag von einer Milliarde Mark den Ländern zur Verfügung. Diese oder die Gemeinden oder beide zusammen sollen dazu aus eigenen Mitteln wenigstens ein Fünftel der auszumachenden Beträge beisteuern, so daß rund 1,2 Milliarden Mark außerordentliche Mittel zur Linderung der gegenwärtigen Notlage der Sozialrentner alsbald verwendbar sind.

Auf dem Gebiete der Krankenversicherung wird eine Aufbesserung der Leistungen durch Heraushebung der Höchstgrenzen für die Bemessung des Grundlohnes vorgelesen; außerdem wird die Versicherungsprämie erhöht. Auf dem Gebiete der Unfallversicherung wird ebenfalls eine Erhöhung der Versicherungsprämie und einiger für die Berechnung der Leistungen maßgebender Beträge erfolgen. Auch in der Angestelltenversicherung wird die Versicherungsprämie erweitert werden.

Die Reichszuschüsse an die Länder für Maßnahmen zur Unterstützung notleidender Kleinrentner sind von 500 Millionen Mark auf eine Milliarde erhöht worden.

Die Leveragezuschüsse für Kriegswesensbeschädigte und Kriegshinterbliebene, die durch Gesetz vom 21. Juli 1922 mit Wirkung vom 1. August 1922 ab neu geregelt waren, sind durch Verordnung vom 11. August für den Monat September um durchschnittlich 66 Prozent erhöht. Außerdem soll noch im September eine Nachzahlung erfolgen, die durchschnittlich die Hälfte der am 1. September zahlbaren Leveragezuschüsse betragen wird, so daß die Leveragezuschüsse gegenüber den Augustbeträgen insgesamt um rund 140 bis 200 Prozent erhöht sein werden. Die Reichsmittel der sozialen Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge sind bereits von 500 Millionen auf eine Milliarde Mark erhöht worden.

Die Reichsregierung auf der Garantiefuche.

Berlin, 3. September. Staatssekretär Schröder ist Sonntag morgen aus Paris zurückgekehrt. Um 14:11 Uhr hat Reichskanzler Dr. Brüning den Vortrag des Staatssekretärs entgegengenommen und seit 11 Uhr findet beim Reichskanzler über das gesamte Reparationsproblem eine Chef-Besprechung statt. Irgendeine Mitteilung über die bevorstehende Entscheidung der Reichsregierung läßt sich zur Zeit nicht machen, doch könnte, wie die über die Regierung meist recht gut unterrichtete „Dema“ meldet, sofort gesagt werden, daß die Regierung versuchen wird, in irgendeiner Form die Garantien zu finden, die für die Deckung der Schahwechsel notwendig seien. Die Regierung ist natürlich nicht geneigt, die letzte Verständigungsmöglichkeit mit der Reparationskommission zu zerstören, und sie sucht jetzt den Weg, um den behaupteten Forderungen gerecht zu werden. Da es in der Mitteilung der Reparationskommission heißt, daß nur für den Fall der Nichtverständigung die Goldgarantie der Reichsbank in Frage komme, sei die Reichsregierung der Ansicht, daß die Garantie für den Fall der Verständigung auch in anderen Mitteln bestehen könne. Die Garantie der D-Banken, die von der Entente schon mehrfach vorgeschlagen wurde, werde unter den heutigen Umständen kaum möglich sein. Eine zweite Frage sei die, ob nicht die Schahwechsel durch eine Unterschrift des Reichsbank-Präsidenten von Havenstein garantiert werden könnten. Die Regierung habe diese Forderung bereits einmal abgelehnt, doch solle die Frage nochmals ernsthaft erörtern werden. Auf jeden Fall würden die besten Finanztechniker Deutschlands in der Garantiefunde in diesen Tagen gehört werden; besonders, da bereits aus Brüssel Pressemitteilungen vorliegen, daß Bernheimann und Delcroix bereits am Montag in Berlin eintreffen werden, um mit der Regierung Rücksprache zu nehmen. Eine offizielle Mitteilung über das Eintreffen beider Delegierter sei der Regierung bislang noch nicht zugegangen.